

Einige Aufgaben der Parteiorganisationen an den allgemeinbildenden Schulen bei der Vorbereitung der Zwischen- und Abschlußprüfungen im Schuljahr 1952/53

Die Zwischen- und Abschlußprüfungen im Schuljahr 1951/52 haben gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Lehrer und Schüler bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Prüfungen mit gutem Erfolg gearbeitet hat. Dadurch konnten trotz der erhöhten Anforderung des Lehrplans mehr Schüler zum erfolgreichen Abschluß der Grundschule geführt und die Zahl derer, die die Abschlußprüfung nicht bestanden haben, von 9,7 auf 7,8 Prozent gesenkt werden. Die Prüfungen haben erneut die Überlegenheit der deutschen demokratischen Schule gegenüber dem westdeutschen Schulsystem bewiesen. Dem Ministerium für Volksbildung ist es im Schuljahr 1951/52, ausgehend von der EntschlieÙung der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED, gelungen, neue große Erfolge bei der Weiterführung der demokratischen Schulreform, insbesondere bei der Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und bei der Steigerung der Leistungen unserer Lehrer und Schüler, zu organisieren. Als Beispiele dafür können die Maßnahmen zur Qualifizierung der Lehrer, die beschleunigte Herausgabe neuer Lehrpläne und Lehrbücher auf wissenschaftlicher Grundlage, die Verbesserung der Schulstruktur, besonders auf dem Lande, usw. genannt werden.

Bei der Vorbereitung der Prüfungen zeigten sich jedoch erste Fehler in der Arbeit des Ministeriums für Volksbildung, die im Schuljahr 1952/53 unbedingt vermieden werden müssen.

Die Auswahl des Stoffes in vielen Fächern und Stufen, z. B. in den Deutsch- und Russisch-Diktaten, der mündlichen Geschichtsprüfung und in der schriftlichen Grammatikarbeit war falsch. Es erwies sich als eine unbillige Härte, die Prüfungszensur als allein ausschlaggebend für die Festlegung der Zeugniszensur zu bestimmen und die Jahresleistung des Schülers unberücksichtigt zu lassen. Die Ursache für diese Fehler liegt vor allem in der unsystematischen und ungenügenden Kontrolle der Arbeit an den Schulen während des ganzen Jahres durch die Organe der Volksbildung, was dazu führte, daß das Ministerium über den tatsächlichen, zur Zeit noch unterschiedlichen Leistungsstand in vielen Schulen nur ungenügend informiert war. So wurde bei der Ausarbeitung der Prüfungsfragen nicht berücksichtigt, daß die neuen wissenschaftlichen Lehrpläne erst mit Beginn des Schuljahres 1951/52 eingeführt worden waren und daß noch erhebliche Bildungslücken aus den vergangenen Jahren bestanden. Die im Ministerium arbeitenden verantwortlichen Genossen haben die Prüfungsfragen nicht mit der notwendigen Sorgfalt kontrolliert.

Die Prüfungen deckten aber auch Fehler in der Arbeit unserer Parteiorganisationen an den allgemeinbildenden Schulen auf. Es zeigte sich, daß die meisten Leitungen der Parteiorganisationen an den Schulen zwar die Aufklärungsarbeit über die Politik unserer Partei unter den Lehrern und den Eltern, zum Teil auch die Arbeit mit den Elternbeiräten und die Durchführung der Ferienaktion angeleitet, aber keine Initiative im Kampf um die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts entfaltet und keine Kontrolle über die Erfüllung der Lehrpläne und den

tatsächlichen Leistungsstand ausgeübt haben. Unsere Parteiorganisationen erkannten nicht, daß sie für die ständige Weiterentwicklung der demokratischen Schule die volle Verantwortung tragen.

Erste Schwächen gab es in der Arbeit der Genossen im Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. Auch bei den Prüfungen zeigte es sich wieder, daß es an den meisten Schulen keine aktive Gewerkschaftsarbeit gibt. Daher beschloß das Sekretariat des Zentralkomitees, die Genossen im Bundesvorstand des FDGB zu beauftragen, die Arbeit der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung zu überprüfen und einen Plan zur Verbesserung der Arbeit dieser Gewerkschaft auszuarbeiten.

Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees vom 29. Juli 1952 „Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“ trägt bedeutend dazu bei, die gesamte Arbeit an den Schulen zu verbessern. Wenn die Parteiorganisationen an den Schulen und die Organe der Volksbildung die richtigen Lehren aus diesem Beschluß ziehen, werden u. a. auch die Fehler und Schwächen, die sich bei den vergangenen Zwischen- und Abschlußprüfungen gezeigt haben, überwunden werden. Um die Zwischen- und Abschlußprüfungen im Schuljahr 1952/53 erfolgreich durchzuführen, sollten sich unsere Parteiorganisationen an den Schulen folgende Aufgaben stellen:

Die Parteiorganisation der Schule muß vom ersten Schultag an bis zum Prüfungstag die Vorbereitung der Prüfungen systematisch anleiten. Dazu gehört vor allem die ständige Aufklärung der Lehrer, Schüler und Eltern über die Bedeutung der Prüfungen für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Schule. Die Erfahrungen des vergangenen Schuljahres lehren, daß besonders unter den Eltern die Aufklärungsarbeit verstärkt werden muß. In enger Zusammenarbeit mit dem Elternbeirat sollte in Elternversammlungen und Elternseminaren den Eltern die Bedeutung der Prüfungen und die Erziehungsgrundsätze, die zu einer bewußten Einstellung der Schüler zum Lernen und zur Prüfung führen, erläutert werden.

Zur systematischen Vorbereitung auf die Prüfung ist weiterhin erforderlich, daß die Parteiorganisation dem Leiter der Schule im gesamten Schuljahr ständig hilft, den planmäßigen Ablauf des Unterrichts zu sichern, und vor allem alle Lehrer für die Erfüllung der Lehrpläne und die ständige Kontrolle des Leistungsstandes der Schule mobilisiert. Dazu gehört auch die regelmäßige Rechenschaftslegung des Genossen Schulleiters vor der Parteileitung.

Am Ende des ersten und zweiten Jahresabschnitts werden in den Klassen fünf bis zwölf in einigen Fächern Kontrollarbeiten angefertigt. Diese Kontrollarbeiten mit einheitlicher Aufgabenstellung und einheitlichen Bewertungen werden alle bei Lehrer und Schüler noch vorhandenen Lücken und Schwächen aufdecken. Ferner aber müssen durch die Kontrollarbeiten die zum Teil ungleichen Anforderungen an die Schüler und die subjektive Bewertung der Schülerleistung durch den Lehrer beseitigt werden. Daher muß die Parteileitung der Schule nach Abschluß der